

ESSAY

# Zweite Kammer, erstklassig

Ein Parlament sollte vom Volk gewählt sein. Das britische House of Lords ist dies nicht. Und dennoch ist da ein demokratischer Zauber / Von Oliver Marc Hartwich

Kann es das überhaupt geben? Ein Parlament, in dem die Abgeordneten gleichermaßen hoch qualifiziert wie erfahren sind? In dem sich die Mitglieder weniger darum kümmern, der Linie ihrer Partei zu folgen, sondern im Zweifelsfall ihrem Gewissen? In dem die Umgangsformen von so viel Höflichkeit geprägt sind, dass es keine Sitzungsleitung braucht? Was nach einem reichlich naiven Wunschbild eines Parlaments klingt, das gibt es wirklich. Die Sache hat nur einen kleinen Haken, denn die Mitglieder sind nicht gewählt.

## „Die Lords gelten zu Unrecht als undemokratischer Anachronismus“

Die Rede ist vom House of Lords, jener zweiten Kammer des britischen Parlaments, die zwar schon seit sieben Jahrhunderten besteht, von deren genauer Funktion aber selbst die meisten Briten keine Vorstellung haben. Das, was man in jüngster Zeit von den Lords in den Medien erfahren konnte, war darüber hinaus wenig schmeichelhaft. Von gekauften Lordtiteln war dort zu hören; auch von Mitgliedern, die sich dem britischen Fiskus durch einen Wohnsitz in Monaco entzogen haben, gleichwohl aber an der britischen Gesetzgebung mitwirken.

Über allem steht aber der grundsätzliche Zweifel, ob ein Parlament, dessen Mitglieder dort qua Geburtsrecht, auf Vorschlag des Premierministers oder als Bischöfe der anglikanischen Kirche Sitz und Stimme haben, noch zeitgemäß ist. So haben denn auch kürzlich die Unterhausabgeordneten mit deutlicher Mehrheit für eine vollständig gewählte zweite Kammer votiert. Ob es letztlich dazu kommen wird, ist fraglich, denn – Demokratiedefizit hin oder her – eines sprechen selbst die ärgsten Kritiker dem House of Lords nicht ab: Im Zusammenspiel mit dem gewählten House of Commons leistet es erstaunlich gute Arbeit.

Die Arbeitsteilung zwischen Lords und Commons mit ihren sehr unterschiedlichen Kulturen ist in den Houses of Parliament nicht zu übersehen. Das Unterhaus tagt auf grün gepolsterten Bänken in einer vergleichsweise schlichten holzgetäfelten Kammer. Der Atmosphäre nach könnte dies auch das Westminster Arms sein, und auch die Debatten im Unterhaus erinnern häufig an laute Streitgespräche in englischen Pubs.

Geht man hingegen von der Hauptlobby nach rechts ins House

of Lords, so fühlt man sich schlagartig in eine andere Zeit zurückversetzt. Die Polsterung ist in Rot, der Farbe der britischen Monarchen, gehalten. Holzschnitzereien, Kronleuchter aus Messing und reichhaltige Goldverzierungen prägen das Bild.

So unterschiedlich die beiden Kammern aussehen, so verschieden sind ihre Aufgaben. Den politischen Vorrang genießt eindeutig das gewählte Unterhaus. Die überwiegende Mehrzahl der bedeutenden Gesetze wird zunächst hier eingebracht, die Commons haben das uneingeschränkte Sagen in der Finanzpolitik, und es ist üblich, dass das Oberhaus das jeweilige Regierungsprogramm, für das eine Partei gewählt wurde, nicht blockiert. Was den Lords verbleibt, sind vor allem zwei Funktionen: die Gesetzgebung zu überprüfen und ein Forum für politische Debatten jenseits der Tagespolitik zu sein.

Insofern wiegt das demokratische Defizit weniger schwer, als man es vielleicht zunächst vermuten würde. Um ein Gesetz effektiv auf handwerkliche Fehler untersuchen zu können, bedarf es eben weniger der Legitimation durch die Wähler, sondern vielmehr eines entsprechenden Sachverständnisses. Die übergroße Mehrzahl der Mitglieder des Oberhauses ist aufgrund ihrer jeweiligen Verdienste in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur auf Lebenszeit ernannt. Entsprechend alt sind sie daher bereits zum Zeitpunkt ihrer Berufung, sodass das Durchschnittsalter im Oberhaus bei 68 Jahren liegt.

Das hohe Alter der Mitglieder und die Tatsache, dass man sich als Lord nie einer Wiederwahl stellen muss, haben aber auch noch einen anderen Effekt. Die Lords dürfen sich nämlich eine Unabhängigkeit von ihren Parteien und Fraktionen erlauben, von der gewählte Abgeordnete oft nur träumen können. Das meint zumindest Celia Thomas, und sie muss es wissen. Erst im vergangenen Jahr wurde sie zur Baroness Celia Marjorie Thomas of Winchester, of Winchester in the County of Hampshire ernannt, aber zuvor hatte sie 30 Jahre lang in der Fraktionsgeschäftsführung der Liberaldemokraten gearbeitet.

Celia Thomas, die ihren vollen Titel viel zu kompliziert findet, als dass sie damit angedert werden möchte, ist ein gutes Beispiel für das Selbstverständnis der Lords. „Als ich ernannt wurde, da bekam ich von vielen Freunden Gratulationsschreiben, in denen stand, dass ich es verdient hätte, nun im Oberhaus zu sitzen“, erzählt sie. „Aber diesen Sitz kann man sich nicht verdienen. Es ist auch keine Ehre, sondern vor allem eine Pflicht.“ Einzig die älteren Lords hätten sie damals



Zeitreise: Das Oberhaus – wie hier bei der Parlamentsöffnung durch die Queen – wirkt gestrig, ist es aber nicht

gewarnt, dass sie von nun an härter arbeiten müsste, als sie es sich jemals vorgestellt hätte. „Plötzlich wenden sich viele Bürger mit ihren Anliegen an mich“, berichtet Lady Celia.

Der Einsatz von Lady Celia ist beeindruckend, aber für die Lords durchaus nicht untypisch. Viele Lords und Baronesses nehmen ihre parlamentarischen Pflichten sehr ernst, und das, obwohl sie dabei wenig Unterstützung erhalten. Mitarbeiter gibt es kaum, und Lady Celia muss sich ihr kleines Büro mit zwölf weiteren Lords teilen. Die Aufwandsentschädigung von 79 Pfund und 50 Pence pro Sitzungstag, erhältlich nur bei tatsächlicher Anwesenheit, reicht gerade einmal, um die Kosten für Literatur oder die Bewirtung von Gästen zu decken. Im Grunde genommen arbeiten die Lords quasi ehrenamtlich.

Umso erstaunlicher ist daher die Tätigkeitsstatistik der zweiten Kammer. Im vergangenen Jahr wurden an 134 Sitzungstagen 74 Gesetzgebungsverfahren durchgeführt, 181 Abstimmungen per Hammelsprung entschieden und

10 143 Änderungsanträge debattiert, von denen knapp ein Drittel angenommen wurde. Viele Vorlagen, die aus dem Unterhaus an die Lords überwiesen werden, sind noch so fehlerbehaftet, dass sie im Oberhaus gleich mehrere Hundert Mal abgeändert werden, bevor sie Gesetz werden.

Doch es ist nicht nur die schiefe Kompetenz und Effizienz, die beeindrucken, sondern vor allem die Art des Diskurses, den die Lords untereinander pflegen. Die vornehme Atmosphäre strahlt direkt auf die Debatte aus. Persönliche Angriffe sind tabu, Meinungsverschiedenheiten werden in einer sprachlichen Zurückhaltung ausgetragen, an die sich frühere Unterhausabgeordnete erst gewöhnen müssen.

„Es ist wie eine große Familie, zu der Lords und Parlamentsmitarbeiter gleichermaßen gehören“, beschreibt Lady Celia, „man geht anständig miteinander um.“ Doch zuweilen treibt dies skurrile Blüten, etwa wenn die Lords abends um halb elf, wenn eigentlich schon alles gesagt ist, plötzlich ausschweifend über das Wetter reden – ab viertel vor elf bekom-

men die Saaldiener nämlich die Taxifahrt nach Hause von der Verwaltung erstattet.

Das House of Lords ist nur die zweite Kammer, aber vor allem ein erstklassiges Parlament. Nur ist das jenseits der Mauern des Palastes von Westminster kaum bekannt, wo die Lords vor allem als undemokratischer Anachronismus gelten. Der Skandal um den angeblichen Verkauf von Mitgliedschaften an Parteispender schadete ihrem Ansehen ebenfalls. Dies hat dazu geführt, dass eine Reform des Oberhauses für notwendig gehalten wird, auch wenn es an überzeugenden Alternativen mangelt. Eine vollständig gewählte zweite Kammer würde zudem die Balance mit dem Unterhaus infrage stellen.

Doch ob es am Ende zur Auflösung des Oberhauses kommt, ist fraglich. Kampflös werden die Lords ihrer eigenen Abschaffung kaum zustimmen.

*Der Autor lebt als Publizist und Politikberater in London. Er war Referent von Lord Matthew Oakeshott of Seagrove Bay im britischen Oberhaus*

LESERBRIEFE

### Planck und Einstein sprachen vom Göttlichen

Zu: „Die Bibelreue“; WELT vom 5. Juli

Selbst wenn alle Phänomene in der Welt – vom Urknall bis zu Gerechtigkeit, Liebe und Schuld – naturwissenschaftlich erklärbar wären, weil alle Naturgesetze identifiziert sind, stünde immer noch die Frage aus, warum diese Naturgesetze gelten. Der Urknall, also der Beginn von Physik und Mathematik, konnte nur nach ganz bestimmten mathematischen und physikalischen Gesetzen knallen. Die Wissenschaft fragt nicht nach der Herkunft dieser Gesetze und warum es nicht vollkommen andere seien.

Alle Phänomene hängen zusammen, denn sie sind Merkmale nur einer Welt. Auch aus wissenschaftlicher Sicht müsste diese These akzeptabel sein, denn hier wird alles im Big Bang auf einen Ursprung zurückgeführt, aus dem sich alles dann entwickelte und in dem somit alles noch zusammenhängt: Kategorien, zu denen die Existenzen Schönheit, Recht, Glaube, Moral, Stolz, Mathematik etc. gehören. Intelligente, diese Verbindungen zu suchen oder wenigstens nach ihnen fragen zu dürfen. Sie auszuschließen ist unwissenschaftlich im Sinne des Nichtzulassens von Möglichkeiten. Dies ist dann Ideologie.

Wenn die Diskussion darum geht, Schöpfungsglauben aus der Biologie fernzuhalten, weil man Schöpfungsglauben für unwissenschaftlich und deshalb unseriös hält, müsste konsequenterweise das Verbot des Religionsunterrichts, der Philosophie, der Musik und der Kunst als ebenso unwissenschaftlich unseriös im Raum stehen.

Es geht nicht darum, Physik durch Metaphysik zu ersetzen, wie es der Kreationismus versucht. Es kann nach meinem Verständnis in der Diskussion nur darum gehen, ob man ein ergänzendes Zusammendenken von Physik und Metaphysik in der Schule didaktisch für sinnvoll erachtet. Sich von diesem Zusammendenken so erschrecken zu lassen, wie es derzeit geschieht, ist nichts anderes als das sehr bekannte Staunen in der Philosophie. Der Physik-Nobelpreisträger Charles Rubia gibt zu bedenken, „dass hier eine höhere Ordnung der Dinge im Voraus existiert“, er spricht von einer „Intelligenz auf einer höheren Ebene“ als die der Naturwissenschaft. Albert Einstein äußert sich ähnlich. Auch der Neurophysiologe und Nobelpreisträger John Eccles ist von einer „übernatürlichen geistigen oder spirituellen Schöpfung“ überzeugt. Max Planck schließlich bringt die Thematik auf den Punkt, wenn er sagt, dass Forschung keine Bedrohung des Göttlichen sei, sondern Annäherung daran.

*Dr. Bernd Balke, 53489 Sinzig*

### Früher Hexen und Schamanen, heute Doping

Zu: „Tour de France am Abend“; WELT vom 7. Juli

Was haben die Formel 1 und der Profiradsport gemeinsam? Es geht in beiden Disziplinen um die schnellste Zeit um nahezu jeden Preis, gefahren von Extremisten auf abgesperrter Strecke. Und was im Motorsport der Renningieur mittels Tuning erreicht, die Leistung aufs Äußerste zu treiben, das erledigt im Radsport neben einhartem Training die Medizin: Bio-Tuning. Zu allen Zeiten haben sich Menschen im Wettstreit gemessen und dabei versucht, alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Sieg davonzutragen. Es war und ist der Wettstreit des Machbaren. Kamen in vergangenen Zeiten Mixturen von Schamanen und Hexen oder

abenteuerliche Selbstmedikation zum Einsatz, so ermöglicht die Wissenschaft nun den gezielten und für den Athleten ungefährlichsten Einsatz sogenannter unterstützender Mittel. Fahren muss der Sportler aber immer noch selbst, und die Bilder von den harten Bergetappen zeigen, wie brutal die Herausforderungen dennoch sind. Womit wir wieder beim Eingangsbild sind. Was uns die Extremsportler vorführen, ist für jeden normalen Menschen nahezu Selbstmord. Es ist eine Show für das gemeine Volk – von einer Handvoll wage- und todesmutiger Gladiatoren vorgeführt. Das Gerede vom sauberen Sport war und ist Heuchelei.

*Daniel J. Hahn, 82223 Eichenau*

### Was kann Deutschland bei CO<sub>2</sub> schon ausrichten

Zu: „Live-Earth-Konzerte“; WELT vom 10. Juli

Wir können die Klimaerwärmung nicht beeinflussen. Im Gegenteil: Durch die Entwicklung neuer Kohlekraftwerke steigern wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland. Gegenüber den CO<sub>2</sub>-Ausstößen in den USA und China sind unsere Werte jedoch vernachlässigbar. Auch die Brandrodungen in Brasilien sind in der CO<sub>2</sub>-Erzeugung erheblich größer als die in Deutschland. Und der Anstieg der Weltbevölkerung ist sicherlich durch deutsche CO<sub>2</sub>-Reduktionen auch nicht auszugleichen.

Wir werden von den Politikern und Lobbyisten hinters Licht geführt, denn der Klimawandel ist ein Riesengeschäft. Wenn es einen Klimawandel gibt, den wir nicht beeinflussen können, müssen wir uns eben darauf einstellen.

*Jürgen Schulz, 21244 Buchholz*

### Ohne Architekten wie Gehry wäre es langweilig

Zu: „Zerknauschte Pappbecher“; WELT vom 6. Juli

Dem Autor dieses Artikels sind Entwurfsprozesse bei Künstlern, zu denen ich auch (manche) Architekten zähle, anscheinend völlig fremd. Wieso sollte der Architekt nicht mit einem so banalen Werkzeug wie einem Pappbecher Proportionen prüfen und damit die äußere Hülle seines Gebäudes schaffen? Natürlich muss danach die Funktion durch geeignete Innenräume und Technik gewährleistet werden. Die Inspiration kommt häufig durch ganz banale Dinge, darin liegt oft die Genialität.

Frank Gehry ist für mich ein ganz besonderer Architekt, der besonders ein Gespür für Formen und Kontraste besitzt. Die Welt wäre ohne ihn ein bisschen langweiliger und farbloser. Zu seiner Herkunft mag ich die Abschätzung überhaupt nicht, die der Artikel vermittelt. Damit soll anscheinend nochmals darauf hingewiesen werden, dass er keinen „Background“ hat, um ein erfolgreicher Architekt zu sein. Auf die Meinung eines „Theoretikers“ gebe ich bei angewandter Kunst eher nichts.

*Claudia Nobil, per E-Mail*

*Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht zur Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.*

*Die Anschrift lautet: DIE WELT, Brieffach 2410 10888 Berlin, Fax: (030) 25 91 - 716 08 E-Mail: forum@welt.de*

## JURISTISCHES ECHOLOTT Bush und Libby, Chirac und das Gesetz, Köhler und Klar / Von Iris Marx

# Immunität und Gnade

Die Gnade ist ein Akt der Milde. Sie rührt aus der Macht, die das Vertrauen ihrer rechtmäßigen Ausübung hat, das sagte jedenfalls John Marshall, einst Vorsitzender Richter des Obersten Gerichts in den USA, im Jahr 1833 über das präsidiale verfassungsmäßige Recht. Letzte Woche übte es der amerikanische Präsident George W. Bush aus: bei dem ehemaligen Stabschef seines Stellvertreters Dick Cheney. Libby Jr. sollte unter anderem wegen Meineids für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis.

Auch in Europa sind erst jüngst dem ehemaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac unangenehme Ermittlungen erspart geblieben, die sich um eine Parteifinanzierungsaffäre aus den 90er-Jahren drehen. Chiracs frühere Partei RPR soll Scheinarbeitverträge ausgestellt haben. Chirac muss sich aber nur den strafrechtlichen Vorwürfen stellen, die vor seiner Amtszeit als

Präsident entstanden sind. Er genießt für diese Zeit als französischer Staatsführer Immunität, auch im Ruhestand.

Immunität steht in Frankreich, den USA und auch in Deutschland aber nur Regierungsmitgliedern zu. Das deutsche Grundgesetz besagt in Artikel 46, dass ein Abgeordneter „wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung (...) nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden“ darf. In der französischen Verfassung geht es noch weiter. Unter Abschnitt V in Artikel 7 heißt es wörtlich: „Die Abgeordneten der Nation sind unverletzlich. Sie können zu keiner Zeit für das, was sie in Ausübung ihrer Aufgaben als Abgeordnete (...) getan haben, verfolgt werden.“ In Deutschland ist die Immunität nur ein Strafverfolgungshindernis. Es fällt weg, sobald der Abgeordnete aus dem Amt scheidet. Für diese

justizielle Bevorzugung gibt es einen guten Grund: die Handlungsfähigkeit des Parlaments. Es bedarf in Deutschland keiner großen kriminellen Energie, um in das Visier einer staatsanwaltschaftlichen Ermittlung zu geraten. Der bloße Anfangsverdacht

## „Die Gnade des Präsidenten steht über den Dingen, auch dem Gesetz“

einer Straftat reicht aus: Eine anonyme Anzeige kann bereits die bekannten Mühen in Gang setzen. Davor soll das Parlament geschützt bleiben. Es geht daher nicht um die personelle Bevorzugung von Regierungsmitgliedern. Ihre Gunst ist nur ein Rechtsreflex, der ihrem Amt immanent ist.

Der Fall Libby hat hingegen nichts mit dieser Immunität zu tun – es geht hier im wahrsten Wortsinne um Gnade. Ein Rechtsinstitut, das die deutsche Verfassung in Bundesangelegenheiten auch nur dem Bundespräsidenten gewährt – zugunsten jedes Straftäters. Noch vor wenigen Monaten befasste sich Horst Köhler mit der Frage, ob er den ehemaligen RAF-Terroristen Christian Klar begnadigen sollte. Er tat es nach eingehender Prüfung des Falles nicht. Die Gnade des Präsidenten steht über den Dingen, auch über dem Gesetz.

Zurück zum Potomac: Ähnlich frei ist auch George W. Bush bei der Handhabung dieses Über-Rechts. Der Präsident Bush hat sich während seiner Amtszeit nicht von äußeren Einflüssen bei seiner Entscheidung beirren lassen. Milde ließ er nun gegenüber dem 56-jährigen Libby walten. Der hatte versucht, seinen Beitrag bei der Enttarnung der CIA-

Agentin Valerie Plame zu vertuschen. Der Jurist Libby muss zudem nur nicht ins Gefängnis, der Entzug seiner Anwaltszulassung, die Vorstrafe und die Geldbuße in Höhe von 250 000 Dollar sind ihm sicher. Ein Sprecher des Justizministeriums sagte, dass in jedem Begnadigungsverfahren immer erst eine Empfehlung des sogenannten Pardon Attorney eingeholt werde. Seitdem es dieses Prozedere gibt, sei noch kein Fall vorgekommen, in dem der Präsident ohne den staatsanwaltschaftlichen Rat gehandelt habe, sagte der Sprecher.

Einen Rechtsbruch stellt dies indes nicht dar. Der Präsident ist nach dem Gesetz frei bei seiner Entscheidung. George W. Bush hat vielleicht nicht mehr das Vertrauen, die Gnade rechtmäßig auszuüben, aber er hat die Macht – verfassungsrechtlich garantiert.

*iris.marx@welt.de*

Verlagsgruppe DIE WELT / WELT KOMPAKT

Verlagsgruppenleiter: Peter Württemberg (Vorsitzender), Ulrich Lingnau

Redaktionskoordinator: Hendrik Koehler

General Manager: Dr. Ulrike Handel • Vertrieb: Inge Kabel • Objekt-Marketing: Knut Geister

Gesamtanzeigenleitung: Michael Witke (Display), Clemens Braun (Rubriken)

Anzeigenleitung nationaler Handel: Peter Müller

Redaktion Sonderthemen DIE WELT, WELT am SONNTAG, Berliner Morgenpost:

Astrid Gmeinski-Walter

Die WELT wird als Zeitung und digital vertrieben und ist im Internet recherchierbar. Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel.: 030 / 28 49 30 oder www.presse-monitor.de. Verlag und Druck: Axel Springer AG, 10888 Berlin, Axel-Springer-Strasse 65. Tel.: 030 / 259 10, 20350 Hamburg, Axel-Springer-Platz 1 • Tel.: 040 / 347 00. Abonnementspreis in Deutschland monatlich 31,00 Euro; Versandzusatzkosten im Ausland: Europa 14,50 Euro; weltweit 71,75 Euro. Das Abonnement kann zum Monatsende beendet werden. Abbestellungen müssen dem Verlag schriftlich sieben Tage vor Monatsende vorliegen. ISSN 0173-8437. DIE WELT (USPS No. 0603-590) is published Daily except Sundays and Holidays by Axel Springer AG. Subscription price for the USA is \$ 520 per annum. K.O.P. German Language Pub., 153 South Dean Street, Englewood NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, G.L.P. PO Box 9868, Englewood NJ 07631. Anzeigenpreisliste Nr. 85, gültig ab 1.1.2007. e-Mail: anzeigen@welt.de. Internet: http://www.welt.de. Fax: 040/34724521. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr. Fax Redaktion: 030/25917606.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Seite 1: Marcus Heithecker Deutschland; Dietrich Menkens Ausland; Dietrich Alexander Form; Andrea Seibel Magazin; Sandra Garbers Wirtschaft/Finanzen/Immobilien; Thomas Exner Sport; Volker Zentler Featureton/Kunstmarkt; Rainer Haubrich Wissenschaft; Dr. Norbert Lossau Aus aller Welt; Dr. Claudia Becker Berlin/Brandenburg/Berlin Termine/Berliner Leben; Andreas Abel Hamburg; Matthias Iken Anzeigen; Michael Holenz